



Ein langer Weg

Diesen Beitrag schreibt jemand, der die SPD für eine der beiden wichtigsten Partei in Deutschland hält. Begonnen hat das Interesse an der SPD in den 1960er Jahren, nicht als Reaktion auf die Mitgliedschaft der Eltern in der CDU, sondern um die sonn-täglichen Gesprächsrunden beim Mittagessen inter-ressanter zu gestalten. Mein Vater hielt **Willy Brandt** für einen Vaterlandsverräter, während mich seine Vita zutiefst berührte und ich 1968, 19-jährig, seinetwegen in die SPD eingetreten bin.

Es folgte eine dreißigjährige Mitgliedschaft, die ent-nervt endete. Grund dafür waren nicht große bun-desdeutsche, sondern eher kleine stadtpolitische Berliner Themen. Wie das so ist, wenn Tropfen für Tropfen das Fass zum Überlaufen bringen. Das führte aber nicht dazu, die SPD wenigstens mit einer gewis-sen Sympathie weiterhin, trotz allem, zu beobachten und, manchmal unter Schmerzen, zu wählen.

Die aktuelle Regierung zeigt, dass der Begriff Vielfalt gut für alle möglichen Bereiche sein mag, nicht aber für die Politik. Vielfalt ist im Freundeskreis inspirie-rend, in meinem vertragen sich Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und nur Demokraten so-gar mit einem Verdachtsfall von ziemlich weit rechts.

In der Politik geht es aber nicht um Freundschaft. Die Vielfalt an Parteien ist fast unüberschaubar. Jeder sucht sich irgendein Angebot aus, von dem er glaubt, es passe zu ihm, und verschenkt damit seine Stimme an Parteien, die nicht einmal in die Nähe einer Re-gierungsbeteiligung kommen.

Die Wähler meckern ohne Ende über die Ampel, blenden aber vollkommen aus, dass sie es waren, die diese Konstellation in die Regierung gezwungen hat. Vom amerikanischen Wahlsystem, das teilweise un-demokratisch ist, halte ich wenig. Es hat aber einen Vorteil, die Entscheidung fällt zwischen zwei Parteien und der Gewinner kann allein, ohne eine Koalition eingehen zu müssen, regieren. Blenden wir an dieser Stelle mal den Umstand aus, dass sich die Regierung mit einem Parlament rumschlagen muss, in dem die Mehrheitsverhältnisse andere sind.

Wir befinden uns ja in der Weihnachtszeit, und da darf man sich etwas wünschen. Wie viel einfacher wäre es, wenn es nur SPD und CDU gäbe? Vorher müssten sich noch die bayerischen Separatisten der CDU anschließen. Alle Themen, die von anderen Par-teien in Anspruch genommen werden, fänden Platz

in einem Zwei-Parteien-System. In vielen Ländern bestehen Koalitionen aus mehr als drei Parteien, fra-gile Bündnisse, in denen immer wieder alle Richtun-gen unter einen Hut gebracht werden müssen.

Wenn es aber nur zwei Parteien gäbe, dann müssten sich diese auch deutlich unterscheiden. **Angela Mer-kel** hat man zurecht vorgeworfen, die CDU versozial-demokratisiert zu haben. Das soll nun endlich korrigiert werden, nicht zuletzt unter dem Druck der Rechtsaußerpartei. Wir brauchen eine konservative Partei, mit oder ohne Leitbild, auf der rechten Seite des Parlaments, und eine sozial-liberale auf die lin-ken Seite. Dass alle meinen, Wahlen werden in der Mitte der Gesellschaft gewonnen, halten ich für Un-sinn. Die Menschen brauchen Orientierung und diese finden sie nicht im trüben Teich der Mitte.

Kommen wir nun zur SPD, die in diesem Jahr ihren 160sten Geburtstag feiert, wenn auch anfangs unter anderem Namen. Seit August liegt deutlich sichtbar auf meinem Schreibtisch ein Buch von **Peter Brandt** und **Detlef Lehnert**.



Bislang bin ich nicht dazu gekommen, mich damit so ausführlich, wie ich es mir wünschen würde, zu beschäftigen. Der Titel ist für eine so alte Partei sehr ambitioniert: „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemo-kratie.“

„Dieser Band bietet“, schreibt der **Dietz-Ver-lag**, in dem das Buch er-schienen ist, „einen knappen und aktuellen

Blick auf mehr als 160 Jahre wechselhafter Ge-schichte der Sozialdemokratie in Deutschland – von den Anfängen der Arbeiterbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart. Er stellt die Entwicklungsgeschichte und das Selbstver-ständnis der Sozialdemokratie auf wissenschaftlicher Grundlage kurzweilig, informativ und kenntnisreich dar.

Der Historiker **Peter Brandt** und der Politikwissen-schaftler **Detlef Lehnert** erzählen die langen Linien der Parteigeschichte für ein breiteres Publikum, er-läutern die unterschiedlichen Perioden und deren Rahmenbedingungen. Mit kritischer Sympathie tra-gen sie dabei auch den innerparteilichen Strömun-



gen und Führungspersonen Rechnung und liefern ein umfassendes Bild der ältesten demokratischen Partei Deutschlands." Das kann ich nach dem ersten Reinlesen bestätigen.



Die SPD ist ein atmen- des Organ, abhängig von denen, die ihr die Luft zuführen. Deshalb fällt es schwer, die einzelnen Epochen zu vergleichen. Allein in dem von mir miterlebten Zeitraum von immerhin 60 Jahren hat die Partei ihre Einstellung und ihr Gesicht, nicht aber ihre Grundhaltung, verändert.

Peter Brandt im Juli 2017 in Dresden. Foto: Ed Koch

An dieser Stelle wollen wir natürlich nicht den Inhalt des Buches wiedergeben, aber doch zur Orientierung die Kapitel auflisten:

- Gründungsepoche 1863–1875: »Lassalleaner« und »Eisenacher«
- Konfliktzeit 1876–1891: Sozialistengesetz und Erfurter Programm
- Orientierungsfragen 1892–1904: Gewerkschaften, Wahlerfolge und Reformismus Debatten
- Ära der Massenorganisation 1905–1913: Imperialismus und Strategiedifferenzen
- Umbruchsperiode 1914–1919: Erster Weltkrieg, Parteispaltung und Revolution
- Weimarer Demokratie 1920–1929: Erschütterungen und Erfolge
- Katastrophenepoche 1930–1945: Weltwirtschaftskrise, NS-Regime und Krieg
- Neubeginn 1945–1957: Wiederaufbau und Opposition – die SPD in den frühen Jahren der Bundesrepublik
- Umorientierung 1958–1968/69: Godesberger Programm und erste Große Koalition
- Das sozialliberale Jahrzehnt 1969/70–1980: Entspannungspolitik und Reformära
- Jahre des Umbruchs 1981–1989: Machtverlust und Milieu-Erosion
- Die ersten Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung
- 1990–1998: Vom Wahldebakel zum Wahlsieg

- Rot-grüne Regierung 1999–2005: Liberalisierung und »neoliberale« Tendenzen
- Koalition und Opposition 2006–2013: Finanzmarktkrise und erste Korrekturen der »Agenda 2010«
- Von zwei Großen Koalitionen zur »Ampel« 2014–2021

Es ist mehr als ein Geschichtsbuch und auch mehr als „nur“ die SPD-Story. Geprägt wurde die Partei von ihren jeweiligen Vorsitzenden, beziehungsweise Bundeskanzlern, von denen nur **Helmut Schmidt** in Personalunion nicht auch Parteichef war.

Im letzten Kapitel des Buches wird aufgelistet, was sich die Ampel aus SPD, Grünen und FDP für ihre Legislaturperiode vorgenommen haben. Und im letzten Satz steht: „2023 wieder Schuldenbremse“. Der SPD-Parteitag hat am letzten Wochenende beschlossen, 2024 die Schuldenbremse auszusetzen, obwohl rund 60 Prozent der Wähler die Schuldenbremse für eine gute Idee halten. Im zähen Ringen um den Bundeshaushalt 2024 haben sich Scholz, Habeck und Lindner darauf verständigt, die Schuldenbremse beizubehalten. Es ist schon bitter, wenn Parteitagsbeschlüsse eine Haltbarkeit von nur wenigen Tagen haben.

Wir wissen, dass Sie, verehrte Leserinnen und Leser, diesen Beitrag nur deshalb bis hierher verfolgt haben, weil Sie darauf hofften, dass wir ein Buch verlosen. Wir wollen Sie nicht enttäuschen, und verlosen sogar zwei Bücher. Einfach eine E-Mail an paperpress@berlin.de senden. Vor Weihnachten dürfte allerdings die Zusendung kaum noch möglich sein.

Dunkle Momente

Sollte mich jemand fragen, würde ich davon abraten, in eine Partei einzutreten. Ja, es geht auch um Inhalte, aber vornehmlich um Posten. Ich könnte, aber werde kein Buch über meine 30 Jahre in der SPD schreiben und die vielen persönlichen Querelen aufzeichnen. Kaum irgendwo anders habe ich so viel Hass und Missgunst erlebt, wie in dieser Partei. Und ich weiß, dass die SPD in dieser Hinsicht kein Alleinstellungsmerkmal hat. In anderen Parteien geht es nicht anders zu, wie wir es gerade bei den Berliner Grünen wieder miterleben durften.



Es gibt viele Beispiele, wie unliebsame Genossen abgestraft worden sind. Das jüngste Beispiel heißt **Michael Roth**.



Foto: SPD WM

Diese Ankündigung aus dem Jahre 2022 zeigt einen der Gründe, warum Michael Roth nicht wieder in den SPD-Bundesvorstand gewählt wurde. Von rund 600 möglichen Stimmen erhielt er nur 266 und verzichtete auf eine weitere Kandidatur.

Michael Roth ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, profilierter Putin-Kritiker und engagierter Unterstützer des Befreiungskampfes der Ukraine, hochgeschätzter Politiker über die Parteigrenzen im demokratischen Spektrum hinaus. Das reichte der Mehrheit der Genossinnen und Genossen nicht aus. Bei der Verkündung des Wahlergebnisses sollen nach Beobachtungen von Medienvertretern „einige wenige Genossen gejubelt“ haben.

Nach der Wahlniederlage setzte sich Roth auf X u.a. für „eine freie, demokratische Ukraine – verankert in EU + NATO. Sicherheit + Frieden für Israel.“ ein. Wenn **Hugo Müller-Vogg** für FOCUS-Online diesen internen SPD-Vorgang kommentiert, muss man natürlich etwas vorsichtig sein, weil der Autor nicht gerade als glühender Verfechter der Sozialdemokratie bekannt ist und gern den Finger in die Wunde der Putin- und Russland freundlichen Politik der SPD in den letzten Jahrzehnten legt.

Müller-Vogg schreibt: „Roth ist in der Partei umstritten. Schließlich war er der erste Sozialdemokrat, der nach dem russischen Überfall forderte, der Ukraine deutsche Waffen zu liefern. Das entsprach keineswegs der außenpolitischen Linie der Partei. **Olaf Scholz** war - ungeachtet der ‚Zeitenwende‘-Rede - damals noch sehr zögerlich, ebenso wie der nach wie vor Moskau zugeneigte Fraktionschef **Ralf Mützenich**. Die SPD-Linke hoffte damals insgeheim, dass Putin Kiew schnell einnehmen werde, womit sich die Frage der Waffenlieferungen von selbst erledigt

hätte. Roth setzte sich hingegen unermüdlich für die Ukraine ein, reiste zusammen mit den Ausschussvorsitzenden **Agnes Strack-Zimmermann** (Verteidigung/FDP) und **Anton Hofreiter** (Europa/Grüne) demonstrativ in die ukrainische Hauptstadt. Da wusste der Kanzler noch nicht so recht, ob er nach Kiew reisen sollte oder nicht.“

Auf den Besuch der drei Ampel-Politiker angesprochen, sprach Scholz damals von „diesen Jungs und Mädels“, von denen er sich offenbar nicht vorschreiben lassen wollte, was er zu tun gedenke. Bis heute zögert Scholz bei der Unterstützung der Ukraine im erforderlichen Umfang. Auf Worte folgen wenig Taten. Immer wieder gibt es Verzögerungen. Es ist nicht mehr zu ertragen, wie einige SPD-Politiker immer wieder auf diplomatische Lösungen setzen. Ja, natürlich, reden und verhandeln. Man müsste doch aber endlich begriffen haben, dass es Putin nach wie vor darum geht, die Ukraine zu vernichten und sie „Heim ins Reich der ruhmreichen Sowjetunion“ zurückführen zu wollen. Wie können Verhandlungen mit jemand ablaufen, der einen umbringen will?

Der Krieg findet in Europa statt. Und Europa muss sich dagegenstemmen.

Widerliche Erpressungen

Auf die Republikanische Partei der USA kann man nur mit Abscheu blicken. Nicht allein, weil sie an diesem unsäglichen **Donald Trump** festhält, sondern weil sie aus Putins Ukraine-Krieg Kapital zu schlagen versucht. Die Formel lautet: Geld für die Ukraine nur dann, wenn die Südgrenze zu Mexiko abgeriegelt wird.

Genauso widerlich verhält sich Ungarns Scheindemokrat und Putin-Freund **Viktor Orbán**. So wie die Republikaner die USA erpresst Orbán die EU, und zwar mit Erfolg. Zurecht eingefrorene Gelder in Milliardenhöhe werden jetzt per Gulaschkanone aus Brüssel nach Budapest geschossen. Dafür kann die EU die Ukraine weiterhin unterstützen. Was denkt sich eigentlich Herr Orbán wie es weitergeht, wenn Putin die Ukraine besiegt hat? Vielleicht bekommt er dann Appetit auf Ungarn. Nachdem er die ehemaligen Sowjetrepubliken wieder vereint hat, könnte er sich den Staaten des Warschauer Pakts nähern. In Frankfurt an der Oder sollte man schon mal einen kritischen Blick nach Osten, über Polen hinaus, richten. Es gibt nur ein Mittel, das alles zu verhindern. Putin muss an der Ukraine scheitern, und Du, liebe SPD, musst dafür sorgen, dass dies gelingt. **Ed Koch**



Für politisch Interessierte, veröffentlichen wir auf den nächsten Seiten den „Versuch einer politischen Analyse“ zum „Gaza-Krieg“ von dem sehr geschätzten SPD-Urgestein **Hans-Georg Lorenz**.



Vier Herren, die sehr unterschiedliche Meinungen voneinander haben, v.l. **Michael Müller, Hans-Georg Lorenz, Ed Koch** und **Raed Saleh**, anlässlich des 80sten Geburtstages von Lorenz am 15. April 2023. Foto: paperpress-Archiv

Seit dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel beschäftigt sich Deutschland vordringlich mit dem Krieg in Gaza. Die Stellungnahmen sind emotionsgeladen und extrem gegensätzlich - oft feindlich: Die demokratischen politischen Parteien in Deutschland vertreten die Position Israels uneingeschränkt. Dagegen erhebt sich Widerstand, der sich auf internationale Unterstützung berufen kann.

Eine Untersuchung der Probleme, die aus diesem Krieg erwachsen, muss den Versuch unternehmen, Fakten festzustellen, ohne sie moralisch zu werten. Die Auseinandersetzungen zwischen Palästina und Israel bewegen viele Gruppen und Staaten. Deren Stellungnahmen berufen sich zwar oft auf humanitäre Werte, orientieren sich aber in der Regel an ihren machtpolitischen Interessen.

A

Zunächst zu den Zielen der direkten Kriegsparteien:

1. Israel

Dass sich Israel seit seiner Gründung in einem existentiellen Konflikt mit den Palästinensern befindet, bedarf keiner Erläuterung. Der Staat Israel ist eine Neugründung auf palästinensischem Gebiet. Israel unterscheidet sich überdies von allen Staaten des Vorderen Orients in Religion, gesellschaftlicher Organisation und politischer Orientierung. Die umgebenden Staaten empfinden Israel als Fremdkörper, auch wenn sich die Gegensätze mit fortschreitender Globalisierung vermindert haben.

Israel hat sich nach siegreichen Kriegen gegen die Nachbarstaaten sicher gefühlt. Diese Sicherheit ist durch den Überfall der Hamas und deren anhaltenden Widerstand gegen die überlegene Armee Israels nachhaltig zerstört.

Wer glaubt, dass Israel diesen Krieg beendet, bevor die Hamas vernichtet ist, verkennt die elementaren Interessen Israels. Da die Hamas im Vergleich zur Hisbollah der weniger gefährliche Feind ist, wird Israel das Gefühl der Sicherheit - trotz eines Sieges über die Hamas - nicht wiedererlangen können.

2. die Palästinenser

Die Palästinenser sind keine homogene politische Bewegung. Deutschland hat bewiesen, dass der Verlust erheblicher Staatsgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg kein unüberwindliches Hindernis ist, mit den Nachbarn dauerhaft Frieden zu schließen. Dieses Beispiel könnte auch für Palästina gelten - und Teile der Palästinenser begreifen dies auch als Möglichkeit.

Dem stehen andere palästinensische Gruppen wie die Hamas und die Hisbollah absolut feindlich gegenüber. Für sie ist die Vernichtung Israels ein Ziel, das unbedingt gilt. Ihr Ziel muss daher sein, jede Bewegung zu unterbinden, die auf ein friedliches Miteinander von Juden und Palästinensern gerichtet ist.

Gegenwärtig haben die Unversöhnlichen deutlich die Oberhand gewonnen: Israel und seine Nachbarn waren im Begriff sich anzunähern. Diese Annäherung ist Geschichte. Über die Gründe ist unten zu sprechen. Aber auch die Palästinenser selbst sind angesichts der Zerstörung ihrer Städte und der vielen Toten in eine feindliche Haltung zu Israel gedrängt worden.

In diesem Prozess hat die Hamas ein in jeder Hinsicht teuflisches Spiel getrieben, dass sowohl die tatsächlich erfolgten Reaktionen der westlichen Staaten als auch der Muslime nachgerade erzwang. Wer glaubt, dass die entsetzlichen Vergehen, die beim Überfall auf Israel begangen wurden, spontan erfolgten, übersieht, dass diese nicht nur aufgezeichnet, sondern gezielt veröffentlicht wurden.

Damit hat die Hamas die Reaktion Israels ebenso erzwungen wie die Unterstützung Israels durch die europäischen Staaten und die USA. Diese Staaten aber sind in vielen Ländern der Welt unbeliebt, teilweise verhasst. Die militärische Überlegenheit Israels, die Zerstörung der Städte in Gaza und die erheblichen zivilen Kriegsoffer haben diese Ablehnung, die auf dem Gefühl demütigender Unterlegenheit beruht, verstärkt.

Im Ergebnis ist eine friedliche Lösung der Probleme zwischen Israel und den Palästinenser deutlich schwieriger geworden - ganz wie es die Hamas geplant hat.



B. die anderen „Beteiligten“

Der Krieg in Gaza trifft die Interessen vieler Staaten. An erster Stelle steht Deutschland.

1. Deutschland

Deutschland steht in einer tiefen Schuld gegenüber dem jüdischen Volk, dessen Existenz es auslöschen wollte. Wer diese Schuld leugnet, bekennt sich zu einem Deutschland, das sich zwischen 1933 und 1945 aus dem Kreis der Kulturnationen herausgemordet hatte.

Daraus ergibt sich die Verpflichtung, die Existenz des Staates Israel zu garantieren. Diese Garantie Deutschlands umfasst sogar einen unmittelbaren Einsatz auch der Bundeswehr, wenn Israel in die Gefahr gerät, ausgelöscht zu werden. Das müssen alle Länder und alle Menschen wissen. Darüber darf es keine Zweifel geben. Daran kann niemand etwas ändern!

2. Die europäischen Staaten

Ob die Unterstützung durch Europa Israel nützt, ist zweifelhaft. Die Reaktionen der europäischen Staaten sind widersprüchlich und orientieren sich an deren jeweiligen Interessen. So neigen einige europäische Staaten wegen starker muslimischer Bevölkerungsanteile oder internationaler Bindungen und Abhängigkeiten zu einer israel-kritischen Haltung.

3. Die USA

Die USA versteht sich als Garantiemacht Israels. Die gewaltige militärische Stärke der USA und ihre Warnungen an die Anrainerstaaten Israels, in diesen Konflikt nicht aktiv einzugreifen, ist für Israel von entscheidender Bedeutung. Wenn die Hamas gehofft hat, einen allgemeinen Krieg auszulösen, an dem sich die Hisbollah, der Iran, Jordanien und Syrien beteiligen, so ist dieser Wunsch nach Eskalation vor allem durch die USA verhindert worden.

Dass die USA in einigen muslimischen Ländern dadurch noch unbeliebter wurden, kann Amerika verschmerzen. Man ist dort ohnehin extrem verhasst.

4. Der Libanon und Jordanien

Der Libanon hat seine Selbständigkeit an die Hisbollah verloren. Alle grundlegende Entscheidungen fallen im Iran. In einem ähnlichen Zustand befindet sich Jordanien, da hier deutlich mehr Palästinenser leben als Jordanier. Von beiden Staaten sind eigenständiger Entscheidungen nicht zu erwarten.

5. Der Iran

Die iranische Staatsführung ist die einzige Regierung, der man ein religiöses Interesse nicht absprechen kann. Vor allem aber geht es auch dem Iran um die Vormachtstellung im Nahen Osten.

Zwei Gründe lassen es gegenwärtig unwahrscheinlich erscheinen, dass der Iran die Entscheidung im Konflikt mit Israel sucht: Die Hamas ist eine sunnitische Organisation, die insbesondere von den arabischen Staaten finanziert wird, die Hisbollah ist eine schiitische Kampfgruppe, die hinsichtlich Israels zwar die gleichen Ziele verfolgt, sich aber nicht für die sunnitische Hamas opfert. Die Vernichtung der Hamas wird im Ergebnis die Bedeutung arabischer Staaten in diesem Konflikt dauerhaft schwächen und macht Iran zu einem entscheidenden Faktor, wenn es um Frieden in Israel und Palästina geht.

6. Die Türkei

Die eindeutige Stellungnahme der Türkei gegen Israel und für die Hamas ist machtpolitisch motiviert. Die Türkei will im Nahen Osten eine entscheidende Rolle spielen.

Das gibt die Türkei auch offen zu: Die Türkei hat keinen Völkermord an den Juden begangen und fühlt sich aus diesem Grund Israel nicht verpflichtet. Ihr liegen die Interessen der Muslime näher als die Israels, denn die Türkei ist ein muslimischer Staat. Diese Parteilichkeit macht die Türkei zu einem glaubwürdigen Verhandlungspartner, wenn es um Frieden geht. Der Vorschlag Erdogans, dass Deutschland als Unterstützer Israels der zweite Partner für Friedensverhandlungen sein könnte, hat ungeachtet seiner kühlen politischen Intelligenz keinen Widerhall gefunden.

7. Die arabischen Staaten

Die arabischen Staaten können einen Konflikt mit den USA und den Staaten Europas aus machtpolitischen Gründen nicht eingehen. Sie sind entweder zu schwach, wie Syrien und der Irak oder wirtschaftlich abhängig – auch wenn sie dazu neigen, ihre geölten Muskeln spielen zu lassen. Richtig aber ist, dass die Volksmeinung in allen diesen Staaten deutlich gegen Israel und die meisten westlichen Staaten gerichtet ist – und diese Volksmeinung kann von den Regierungen nicht übergangen werden.

8. Die Staaten der Dritten Welt

Die „Dritte Welt“ hat sich tendenziell gegen Israel entschieden. Deren Staaten sind im Begriffe, sich als eigenständige Mächte zu begreifen, die sich von der



Hegemonie der westlichen Staaten befreien. Sie wollen sich nicht mehr vereinnahmen lassen.

Israel gilt als typischer Vertreter europäischer Staaten, die in der Vergangenheit Weltpolitik nach eigenen Regeln betrieben – und dies teilweise auch noch heute versuchen. Man sieht daher die Palästinenser als die Unterdrückten und das „europäische Israel“ als Unterdrücker, der seine Interessen mit überlegener militärischer Macht durchsetzt. Die Staaten der „Dritten Welt“ identifizieren sich daher eher mit den unterlegenen Palästinensern als mit den siegreichen Israelis.

9. China und Russland

Die Interessen beider Mächte orientieren sich an der Haltung der Staaten der Dritten Welt. Mit diesen verbindet sie die Ablehnung westlicher Vormachtstellung. Da beide Staaten andererseits selbst in dem Verdacht stehen, Welt(be)herrscher werden zu wollen, üben sie sich in Zurückhaltung.

B. Die aktuelle Situation

Wie immer kommt es auf die Perspektive an, wenn man eine politische Situation bewertet. Dennoch kann man einige sichere Feststellungen treffen:

Der Krieg um Gaza ist zunächst ein regionaler Konflikt, wie er überall in der Welt geführt wird – teilweise mit schlimmeren Opfern an Menschenleben.

Wem eine solche Feststellung – zu Recht – als zynisch erscheint, soll sich die Konflikte in der Welt der letzten zehn Jahre ansehen, die mehr als 10.000 Menschenleben gekostet haben. Der Zynismus liegt nicht in der Feststellung der Tatsache, sondern in diesen selbst.

Es bleibt daher dabei: Der Krieg in Gaza ist ein örtlicher Konflikt, der keinen Weltkrieg auslösen und mit einem militärischen Sieg Israels enden wird.

C. die Perspektive

1. für Israel

Was diesen Krieg so bedeutsam und beachtet macht, sind seine längerfristigen Perspektiven. Denn dieser Krieg beendet weder die Konflikte zwischen Palästinensern und Israelis noch klärt er die Verhältnisse im Nahen Osten. Wie sich die Situation in diesem Bereich ändert, ist nicht voraussehbar.

Eines kann man freilich mit Sicherheit sagen: Die Situation wird sich für Israel – wenn es nicht gelingt, ein nachbarliches Verhältnis zu den muslimischen Staaten zu finden – kontinuierlich verschlechtern:

- Für die Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ist dieser Krieg eine Demütigung und der Beweis dafür, dass die westliche Welt ihre Interessen mit Gewalt durchsetzt. Das Gleiche empfinden viele Staaten der Dritten Welt. Dass Israel auf den Angriff der Hamas in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht reagierte, wird von diesen Staaten mit der Behauptung überspielt, dass die Hamas nur auf die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel reagierte. Der türkische Präsident hat diese Meinung sehr klar artikuliert.
- Ob die USA die militärische Überlegenheit im Nahen Osten dauerhaft auf dem gegenwärtigen Niveau aufrechterhalten können, ist eine offene Frage. Die zutreffende Bemerkung des amerikanischen Präsidenten, dass sich die USA an zwei Fronten behaupten kann, ist nicht in Stein gemeißelt – und wird auch nicht von dem Willen aller Kräfte in den USA getragen. Hier liegt ein Risiko, dass Israel und auch Deutschland aufmerksam verfolgen müssen. Ersetzbar ist dieses Engagement der USA nämlich gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht!
- Die Europäischen Staaten sind sich schon untereinander nicht einig, wie Israel zu unterstützen sei. Eine israel-kritische Haltung nehmen insbesondere auch die westeuropäischen Staaten ein, die einen – oft unterprivilegierten – starken Bevölkerungsanteil muslimischer Staatsbürger haben. Die orientieren sich eher an Erdogan und seiner Wertung der Ereignisse als an der Interpretation der deutschen Regierung. Dass es dadurch zu gravierenden Unruhen kommen kann, ist absehbar. Die wiederum stärken das ohnehin wachsende rechte Lager.
- Die weltoffenen Niederlande haben das erwiesen.
- Auch die vorbehaltlose Unterstützung Deutschlands für Israel ist nicht für die Ewigkeit gesichert. Wenn gegenwärtig fünfzig Prozent der Deutschen die vorbehaltlose Unterstützung Israels billigen, ist das ein beachtlicher Erfolg. Es ist aber eher unwahrscheinlich, dass dies so bleibt. Dass Menschen für die Schandtaten ihrer Vorfahren auch nach 100 Jahren haften wollen, widerspricht der menschlichen Natur. Auch wird



der Anteil der Deutschen, deren Vorfahren nicht an den Gräueltaten der Nazis beteiligt waren, durch die notwendige Einwanderung immer geringer.

Ein wahrer Freund Israels wird daher darauf dringen, dass den Palästinensern eine wirkliche Perspektive friedlicher Nachbarschaft mit wirtschaftlicher Entwicklung geboten wird. Dass eine solche Politik auch in Israel unter den gegenwärtigen Bedingungen schwer durchzusetzen sein wird, versteht sich von selbst. Sie ist aber, wenn schon nicht alternativlos so doch die einzige Möglichkeit, eine absehbare Katastrophe zu vermeiden.

2. für Deutschland

Deutschland muss sich als der einzige dauerhafte Freund Israels begreifen – und das auch gegenüber der israelischen Politik deutlich machen. Das ist im erforderlichen Maße bislang nicht geschehen. Bislang hat sich die „Solidarität mit Israel“ vor allem darin gezeigt, dass man sie bekundet hat – und in einer indifferenten Haltung in Bezug auf das Schicksal der Palästinenser, das man eher zögerlich zur Kenntnis bringt.

Mit wahrer Freundschaft hat das allerdings wenig zu tun. Die muss auch den Mut haben, Tatsachen zu benennen und Perspektiven zu eröffnen. Das liegt im Interesse Israels – aber auch Deutschlands. Wenn man – wie man behauptet – im gleichen Boot sitzt, darf man sich auch über Kurs und Ziel desselben kümmern.

2.1 die Interessenlage

Kein europäisches Land – und insbesondere Deutschland – kann auf eine Partnerschaft mit den Staaten des Nahen Osten – inklusive des Iran – verzichten. Die deutsche Politik tut allerdings so, als wäre das möglich. Das nicht einlösbare Versprechen einer „moralischen Politik“, die überall auf der Welt nur mit moralisch einwandfrei handelnden Staaten kooperiert, ist natürlich zum Scheitern verurteilt. Es gibt nämlich zu wenige!

Hinzu kommt, dass in Deutschland Millionen von Menschen leben, die aus muslimisch geprägten Ländern kommen und mit diesen familiär verbunden sind. Diese Bürger Deutschlands erwarten, dass Deutschland die berechtigten Interessen der Bevölkerung dieser Staaten wahrnimmt.

Deutschland muss auf Integration setzen, wenn es seinen Wohlstand wahren will. Einen zwischenzeitlich gesellschaftsrelevanten Teil der deutschen Bevöl-

kerung auszuschließen, führt mit Sicherheit in eine Sackgasse. In der muslimischen Bevölkerung hat sich der Eindruck verfestigt, dass die deutsche Politik nicht einmal zulässt, dass der Trauer um die zivilen Opfer des Gaza Kriegs Ausdruck verliehen wird. Das hat bereits zu tiefen Verwerfungen geführt.

Daran kann auch Israel kein Interesse haben. Wo – wenn nicht in Deutschland – kann es gelingen, Juden, Muslime und Christen in gemeinsamer Trauer zu vereinen! Deutschland hat, wenn es die Verpflichtungen gegenüber Israel auch in Zukunft bewahren will, ein starkes Interesse, die muslimischen Mitbürger „mitzunehmen“.

2.2 ehrliche Analyse

Wenn Deutschland aus einer schicksalhaften Verbundenheit mit Israel dennoch die Zugehörigkeit des muslimischen Teils seiner Gesellschaft bewahren und pflegen will, gehört dazu, dass man die Menschen nicht belügt.

2.2.1 der Krieg

Den Muslimen in Deutschland muss gesagt werden, dass in Gaza ein Krieg geführt wird, den Israel nach seinem Selbstverständnis gewinnen muss. Ein Krieg aber hat regelmäßig überwiegend zivile Opfer.

Keine israelische Regierung kann den Krieg beenden, ohne die Hamas ausgeschaltet zu haben: Israels Sicherheit beruhte auf der Ankündigung, dass vernichtet wird, wer Israel angreift. Auf die Glaubwürdigkeit dieser Drohung kann Israel nicht verzichten. Der von der Hamas begonnene Krieg muss daher notwendig mit deren Vernichtung enden. An dieser Logik können nicht einmal die USA etwas ändern. Und im Krieg scheidet jede Menschlichkeit. Einen humanen Krieg gibt es nicht!

2.2.2 vom Ursprung des Kriegs

Die Unterstützung von Hamas und Hisbollah durch die palästinensische Bevölkerung liegt in der Hoffnungslosigkeit ihrer Situation, die ihren Grund auch in israelischer Politik hat. Die Siedlungspolitik Israels, die auch die vielfache Tötung von Palästinensern in Kauf nimmt, ist der nicht zu leugnende Beweis. Er bewegt die muslimischen Staaten in besonderem Maße.

Deutschlands hat auf diese Politik Israels keinen merkbaren Einfluss genommen. Dieses Schweigen ist aus den oben genannten Gründen kein Freundschaftsdienst gegenüber Israel. Freundschaft kann eben auch schmerzhaft sein – und ist oft auch unwillkommen.



2.3

Die deutsche Politik versagt daher im Gaza-Krieg auf ganzer Front. Das hat auch innenpolitische Folgen. Deren schwerste ist der Verlust des Vertrauens von Migranten an eine deutsche Politik ohne Vorurteile.

3. Ausblick

Ob es Deutschland gelingt, sich aus dieser durch politischen Opportunismus gezeichneten Lage herauszufinden, ist schwer zu sagen. Sicher sind die Bemühungen christlicher, jüdischer und muslimischer Organisationen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit ein richtiger Schritt. Da er aber weitgehend auf privaten Initiativen gründet und als staatliches Ziel nicht initiiert wird, kann das nicht ausreichen.

Erforderlich wäre zudem eine deutsche Politik, die ihre teilweise vorzüglichen Verbindungen in die muslimische und die „dritte Welt“ als Friedensstifter aktiv nutzt.

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte nicht nur Belastungen zu tragen. Dass ihm eine koloniale Vergangenheit weitgehend – wenn auch nicht freiwillig – erspart blieb, macht Deutschland zu einem der wenigen europäischen Staaten von Bedeutung, die glaubwürdige Friedenspolitik im Nahen Osten machen könnten – trotz des offenen Bekenntnisses zu Israel.

Hoffnung, dass dies auch nur versucht wird, besteht freilich nicht.

H.-G. Lorenz, im Dezember 2023